

# Kliniken beklagen Kontrollwahn

Die Repräsentanten der Krankenhäuser und Kliniken sowie des bayerischen Gesundheitswesens trafen sich bei der alljährlichen Mitgliederversammlung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) traditionell Mitte Dezember im Senatssaal des Bayerischen Landtags.

Dabei beklagten die Kliniken den „Kontrollwahn“ und fordern einen Krankenhausgipfel. Die Stimmung in den Krankenhäusern sei schlecht: „Dicke Luft in den bayerischen Krankenhäusern“, titelte die BKG. Die BKG-Vorsitzende, Landrätin Tamara Bischof, übte an der aktuellen Krankenhauspolitik der Bundesregierung heftige Kritik. Das Verhalten der Politik gegenüber den Beschäftigten in den Kliniken sei von Misstrauen und Kontrollwahn geprägt. Die Krankenhäuser würden mit überbordender Bürokratie und überzogenen Forderungen belastet. Hinzu kämen nun noch ungerechtfertigte Strafzahlungen, wie jüngst mit dem MDK-Reformgesetz beschlossen.

Auch die Bayerische Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, kritisierte Strafzahlungen für Krankenhäuser bei gekürzten Rechnungen. „Der Bund soll zur ursprünglich eingebrachten Regelung im MDK-Reformgesetz zurückkehren“, forderte die Ministerin. „Durch das Gesetz sollten eigentlich Streitigkeiten zwischen Kassen und Krankenhäusern über die hochkomplexen Abrechnungen vermieden werden. Die vom Bundestag beschlossene Verschärfung der Regelungen zu Strafzahlungen für Krankenhäuser wird aber dazu führen, dass es künftig Auseinandersetzungen auch bei vergleichsweise geringen Rechnungskürzungen geben wird“, sagte Huml. Dem MDK-Reformgesetz zufolge müssten die Krankenhäuser künftig ab der ersten beanstandeten Abrechnung neben der Differenz zwischen dem ursprünglichen und dem geminderten Rechnungsbetrag einen nach oben nicht gedeckelten „Aufschlag“ von zehn Prozent dieses Differenzbetrages an die Krankenkassen zahlen – mindestens jedoch 300 Euro pro Fall. Die Ministerin unterstrich: „Diese im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens vorgenommene Änderung geht einseitig zu Lasten der Krankenhäuser. Ich lehne die vom Bundestag in das MDK-Reformgesetz eingebrachte Verschärfung ab.“



Landrätin Tamara Bischof: „Die Rede des BKG-Vorsitzenden bei der traditionellen BKG-Mitgliederversammlung zum Jahresausklang war für mich immer etwas Besonderes.“

Stattdessen sollte zu der von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ursprünglich eingebrachten Regelung zurückgekehrt werden.“

## Krankenhausgipfel

Bischof betonte weiter, es sei „ein schlechter Witz und geradezu zynisch“, wenn Krankenhäuser künftig mit Strafzahlungen belegt würden, wenn sie Patienten nach der eigentlichen Behandlung noch einige Tage weiter versorgen, bis eine geeignete Anschlussversorgung, ein Reha- oder Pflegeplatz, gefunden sei. Sie beklagte, dass bundesweit immer mehr Krankenhäuser Insolvenz anmelden müssten, weil Politik und Krankenkassen mit wirtschaftlichen und unrealistischen Vorgaben möglichst viele Kliniken aus dem Markt drängen wollten. „Diese ungeordnete kalte Strukturbereinigung durch die Hintertür muss beendet werden“, forderte sie. Die Mitgliederversammlung bot jedoch auch Raum zur Selbstkritik. Der Strukturwandel in der Krankenhausversorgung sei unausweichlich und die Klinikverbände hätten sich in dieser Frage bislang zu passiv und abwehrend gezeigt. Notwendig sei jetzt ein Krankenhausgipfel in Berlin, in dem Bund und Länder zusammen mit den Kliniken die Krankenhausversorgung der Zukunft gestalteten. „Wir haben einen Autogipfel, einen Klimagipfel, einen Integrationsgipfel und jüngst auch ein Gipfeltreffen mit den Landwirten. Die Herausforderungen in der Krankenhausversorgung, immerhin ein Kernstück der Daseinsvor-

sorge, sind ebenfalls einen Gipfel wert“, forderte Bischof. Schlecht kam bei der Jahresversammlung der bayerischen Krankenhäuser Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) weg. 20 Gesetze in 20 Monaten vorweisen zu können, sei noch lange keine Erfolgsbilanz. Viele Gesetze würden aber im Eiltempo durchpeitscht und seien „unausgegoren und handwerklich unsolid“, so Bischof. Bislang seien trotz der Gesetzeshektik keine Verbesserungen erkennbar, vieles gehe sogar in die falsche Richtung, und Kurskorrekturen seien dringend erforderlich. Als gravierendstes Beispiel nannte sie die von Bundesgesundheitsminister Spahn verordneten Pflegepersonaluntergrenzen. Kliniken müssten aufgrund der praxisuntauglichen und unerfüllbaren Vorgaben immer häufiger Betten stilllegen und Patienten abweisen.

BKG-Geschäftsführer Siegfried Hasenbein legte nach: „Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen kennt nur einen Weg: Bei jeder Gelegenheit die Latte so hoch zu legen, dass möglichst viele Krankenhäuser daran scheitern und aus der Versorgung aussteigen“. In einer breiten Allianz hätten Krankenhausträger, Pflegeverbände und die Gewerkschaft ver.di einen sachgerechten Alternativvorschlag zur Bemessung des Pflegepersonals vorgeschlagen. „Einem Konzept, getragen von Krankenhausträgern, Pflegeverbänden und Arbeitnehmervertretung kann sich ein Minister nicht verschließen“, meinte BKG-Geschäftsführer Hasenbein.

Dagmar Nedbal (BLÄK)